EVANGELISCHE KIRCHE
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Bischof Dr. Dr. h.c. Markus Dröge

Vortrag

„Was haben wir Christen, was hat die Evangelische Kirche, dem wachsenden Rechtspopulismus entgegenzusetzen?“

Vortrag auf der Kreissynode des Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf

Samstag, den 25. März um 10:00 Uhr in der Kirchengemeinde Dahlem,

Thielallee 1+3, 14195 Berlin

25. März 2017

I. Dahlem – ein kirchenhistorischer Ort

Ich danke Ihnen für die Einladung, hier in Dahlem über ein gesellschaftlich spannendes und hochrelevantes Thema zu sprechen: „Was haben wir Christen, was hat die Evangelische Kirche, dem wachsenden Rechtspopulismus entgegenzusetzen?“

Dahlem steht für eine bedeutende geistlich-theologische Tradition unserer Kirche. In Dahlem hat am 19. und 20. Oktober 1934 die Zweite Bekenntnissynode der Bekennenden Kirche in dem Gebäude getagt, in dem wir uns heute befinden. Mit der Barmer Theologischen Erklärung (BTE) hatte die Bekennende Kirche im Mai des gleichen Jahres in Barmen die grundsätzliche Abgrenzung gegen die vom Nationalsozialismus beeinflusste Theologie der Deutschen Christen (DC) formuliert. Dahlem war eine der Gemeinden in Berlin, die im Kirchenkampf besonders aktiv waren. Ihr Pfarrer Martin Niemöller wurde zu einer der prägenden Gestalten der Bekennenden Kirche. Mit diesem geistlichen Rüstzeug der Bekennenden Kirche hat er sein Leben lang ein glaubwürdiges Christsein leben können.

Eine kritische Frage und ein Bekenntnis aus dem Munde Niemöllers haben mich immer schon beeindruckt:

Die ***Frage***: „Was würde Jesus dazu sagen?“ Damit hat Niemöller zielsicher das wesentliche Kriterium benannt, mit dem bestimmt werden muss, was christlich ist und was nicht. Es geht nicht darum, irgendeine Tradition zu pflegen, sondern darum, ob wir der Person und der Botschaft Jesu in angemessener Weise entsprechen. Es ist das, was die Reformatoren das „solus Christus“ genannt haben: *Christus allein*.

Das ***Bekenntnis***: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Zweierlei machen diese wenigen Sätze deutlich: Wie sehr die Selbstgenügsamkeit blind machen kann und wie notwendig es ist, den Anfängen zu wehren: Ist Menschenverachtung erst einmal gesellschaftsfähig geworden, dann greift sie um sich wie ein Krebsgeschwür und trifft letztlich jeden.

Die glaubwürdigen christlichen Positionen der Bekennenden Kirche stellen natürlich an uns heute die Frage: Sind wir als EKBO eine Kirche in der Tradition der Bekennenden Kirche? Die erste Antwort ist „Ja, wir sind es!“ Die BTE gehört nach der Grundordnung der EKBO zu den Bekenntnissen unserer Kirche. Aber sind wir auch inhaltlich eine bekennende Kirche? Diese Frage ist heute nicht nur akademisch interessant, sondern ganz praktisch. Denn auch wir leben wieder neu in einer Zeit geistiger Auseinandersetzungen. Wir wollen eine Kirche mit gesellschaftlicher Mission sein. So sagt es die erste These unserer Zehn Thesen „begabt leben – mutig verändern“, dem Leitbild unserer Kirche. Deshalb stellt sich heute folgende Frage: „Wie sieht unsere Mission in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus aus?“

II. Was ist Rechtspopulismus?

Unter Rechtspopulismus wird eine Haltung verstanden, die behauptet, der eigentliche Wille des Volkes werde nicht durch das vorhandene politische System und seine Institutionen angemessen vertreten, sondern es bedürfe der Volksführer, die den Willen des Volkes politisch umsetzen. Geradezu gespenstisch deutlich wurde diese rechtspopulistische Ideologie bei der Rede Donald Trumps nach seiner Inauguration: Mit theatralischer Geste behauptete er, er wäre nun der Führer, der dem amerikanischen Volk seine Herrschaft wieder zurückgeben würde. Das impliziert die Behauptung, Amerika, eines der Ursprungsländer der Demokratie überhaupt, habe bisher nicht in einer funktionierenden Demokratie gelebt.

Der Rechtspopulismus hat sich in anderen europäischen Ländern früher ausgebreitet als bei uns. Seit einiger Zeit hat er nun bei uns in der Partei „Alternative für Deutschland“ ein Sammelbecken gefunden. Diese Partei lässt sehr klar erkennen, dass ihr die Grundakzeptanz unseres Gesellschaftssystems fehlt. Sie arbeitet mit einer Verschwörungstheorie und behauptet in ihrem Parteiprogramm:

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien." (Seite 8 ihres Programmes)

Unser aktuelles Parteiensystem sei letztlich korrupt. Ganz im Sinne Trumps müsse erst dem deutschen Volk wieder seine Macht zurückgegeben werden. „Nur das Staatsvolk … kann diesen illegitimen Zustand beenden" (Programm S. 8). Unsere demokratischen Institutionen, die nach dem Grundgesetz den Volkswillen zum Ausdruck bringen[1], werden von den Funktionären der Bewegung verächtlich gemacht, wo es nur geht. Wir haben Wahlen und wir haben Organe. Wir brauchen dazu keine „Alternative", es sei denn, wir wollten unsere Gesellschaft destabilisieren. Und erst recht brauchen wir keine populistischen Führerpersönlichkeiten mit Machtanspruch. Angesichts der Erfolgsgeschichte unserer freiheitlichen Demokratie und angesichts der politischen Weltlage, müsste jeder verständige Mensch dankbar sein, in einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft wie der unseren leben zu können. Der evangelische Arbeitskreis der CDU nennt die Kritik der AfD zu Recht eine „Verzerrung des gesamten demokratischen Systems".[2] Der Rechtspopulismus lebt davon, dass er Ängste schürt und behauptet, die aktuelle Politik sei nicht in der Lage die Probleme zu lösen. So soll die eigene Bedeutung als notwendige Alternative begründet werden. Schonungslos klar hat der Bundesvorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmeier, deutlich gemacht, was Rechtspopulismus bedeutet, und was das Ziel ist: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik nur für das Volk gemacht, denn wir sind das Volk". [3]

III. Warum ist es so schwer, sich angemessen mit dem Rechtspopulismus auseinander zu setzen?

Prinzipiell sollten wir als Kirche mit der AfD nicht anders umgehen als mit anderen Parteien. Was ist unser Umgang mit politischen Parteien?

Wir machen keine Parteipolitik. Wir geben keine Wahlempfehlungen ab. Jeder Bürger, jede Bürgerin ist selbstverantwortlich und frei und bedarf nicht der Bevormundung durch eine Weltanschauungs- oder Religionsgemeinschaft. Gerade wir als Evangelische Kirche betonen die Gewissensfreiheit des Einzelnen. Was aber sehr entschieden unsere Aufgabe ist, das ist die Vermittlung von ethisch begründeten, christlichen Werten, an denen sich die Gewissen orientieren können. Wir bringen uns deshalb in die öffentlichen Diskussionen ein. Wir verstehen uns als kritische Partnerin der Parteien, die aus einer Grundsolidarität mit denen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, ihre Stimme erhebt, mit gleichem Abstand zu allen Parteien.[4]

---

[1] Artikel 20,2 GG: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen durch Organe ausgeübt."
[2] Wohin führen die Alternativen der AfD. Ein Faktencheck, S. 7
[3] Deutschlandfunk, 29.10.2015
[4] So kritisieren wir zum Beispiel die CDU, wo sie ihrem Anspruch christlich zu sein, unserer Auffassung nach, nicht gerecht wird; die SPD, die Grünen oder die FDP, wo sie Religion privatisieren wollen. Wir kritisieren alle Parteien, wo sie dem sozialen Anspruch unserer Gesellschaft oder der Bewahrung der Umwelt nicht gerecht

In Wahlkampfzeiten ist das Verhältnis zu den Parteien naturgemäß besonders sensibel. Dabei hat sich bewährt, keine gradlinigen Bewertungen zu formulieren, sondern Fragen aus der Sicht christlicher Ethik zu stellen, und es den mündigen Bürgern zu überlassen, ihre Schlüsse aus den Antworten zu ziehen, die die Parteien selbst zu diesen Themen geben. „Wahlprüfsteine“ werden solche Fragen auch manchmal genannt. Im Prinzip gehen wir so auch mit der AfD um, nur mit dem Unterschied, dass die AfD bestimmte Besonderheiten aufweist, die die anderen Parteien nicht aufweisen:

1. ***Erste Besonderheit: Die AfD behauptet das abendländische Christentum zu verteidigen.***

Ihr Programm formuliert allerdings keinerlei christliche Begründung. Ein christliches Menschenbild wird nicht geboten, anders als bei den C-Parteien. Auch die Funktionäre der Bewegung argumentieren nicht theologisch, wenn sie das formulieren, was sie für christlich halten: Ablehnung von Homosexualität, ein konservatives Familienbild, den Schutz des ungeborenen Lebens, der aggressiv und ethisch undifferenziert mit der Unterstellung vorgetragen wird, die Kirchen würden sich nicht oder nicht angemessen für den Schutz des Lebens einsetzen, die Verteidigung einer deutschen Leitkultur, die undifferenzierte und polemische Abwehr des Islam – wie gesagt alles, ohne auch nur ansatzweise eine theologisch seriöse Begründung vorzutragen. Diese Funktionalisierung des christlichen Glaubens für eine aggressiv rechtspopulistische Politik fordert natürlich in besonderer Weise die Kritik der Kirchen heraus.

2. ***Zweite Besonderheit: Die AfD benutzt unseriöse Kommunikationsmethoden, die den demokratischen Diskurs bewusst verzerren sollen.***

Ende vergangenen Jahres hat die AfD ein Papier beschlossen, in dem sie ihre Kommunikationsstrategie festlegt.[5] Dort heißt es, die Partei müsse "ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein". Sie dürfe „vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken". Es gehe nicht um die Sache oder um Lösungen - sondern um einen geplanten Effekt durch Provokationen. Die Reaktionen der "Altparteien" kalkuliert die AfD dabei gezielt ein: "Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren desto besser. Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD." Negative Reaktionen müssten daher "ganz bewusst" einkalkuliert werden. "Viele Wähler gehen nicht davon aus, dass die AfD selbst bei einer Regierungsbeteiligung die von ihr angesprochenen Probleme lösen kann", heißt es ganz offen. Es gehe für den Wahlerfolg nicht darum, "zu den zentralen Themen differen-

---

werden. Die Linken kritisieren wir besonders dann, wenn sie nicht die notwendige Aufarbeitung ihrer totalitären, kommunistischen Geschichte leisten. Wir begründen unsere Positionen mit der christlichen Ethik. Dies wird von allen demokratischen Parteien akzeptiert. Sie sind bereit, sich mit unserer sachlichen Kritik auseinanderzusetzen.

[5] Im Folgenden gebe ich die Aussagen des Papiers wieder nach „AfD-Strategiepapier Provokation statt Problemlösung“, Stand: 23.01.2017 15:06 Uhr. Von Thomas Leif, SWR und Patrick Gensing, tagesschau.de.

zierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen und zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern. Zu umfassende Antworten bergen die Gefahr, sich in technische Details zu verlieren." Es sei wichtiger, "den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in einer Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern". – Das Strategiepapier trägt den Titel: „Demokratie wieder herstellen. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben“. Deutlicher kann man nicht bekennen, dass man gar nicht bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen, sondern nur provozieren will.[6]

Ein weiteres Kommunikationsmuster ist dies: Nach einer gezielten Provokation, wird die These relativiert und teilweise zurückgenommen oder es wird darauf verwiesen, dass das Parteiprogramm diese Provokation gar nicht enthalte und es sich nur um eine Einzeläußerung handle. Damit gewinnen die AfD Funktionäre eine doppelte Medienpräsenz: erstens durch die These, zweitens durch die Diskussion. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat analysiert, dass auf diese Weise die Werteordnung unserer Gesellschaft unmerklich verändert wird. Die ständige Wiederholung von menschenverachtenden Thesen hat einen Normalisierungseffekt. Die Gesellschaft gewöhnt sich daran und viele merken selbst nicht, wie sie menschenfeindliche Äußerungen zunehmend als normal empfinden.

Wer versucht, sich mit der AfD auseinanderzusetzen muss also wissen, dass die Regeln fairer Kommunikation nicht eingehalten werden. Sachliche Auseinandersetzung ist nicht gefragt. Natürlich gibt es auch in anderen Parteien Personen, die populistische Gesprächsstrategien verwenden. Die AfD aber macht dies bewusst zum Prinzip ihrer Kommunikation. Dass dies eine fundamentale Gefährdung der Demokratie ist, hat Joachim Gauck in seiner Abschiedsrede deutlich zum Ausdruck gebracht:

> „Nur wenn wir an Tatsachen, wenn wir an Wahrheit festhalten, lässt sich Macht bewerten und – wo erforderlich – kritisieren. Lassen wir es nicht dazu kommen, dass sich Macht wieder ohne das wahrheitsgestütze Argument durchsetzt. Verteidigen wir stattdessen die Demokratie als eine Macht, die sich dem Argument anvertraut und sich von ihm leiten lässt.“[7]

3. Dritte Besonderheit: Die AfD hat eine deutliche Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut

Wer sich die Rede Björn Höckes in Dresden im Januar dieses Jahres zu Gemüte geführt hat (und ich habe es auf Youtube), und wer ein wenig Geschichtsbewusstsein hat, der hat miterleben können, wie sich dort ein Volkstribun in die Tradition der Nazis gestellt hat. Er hat Dresden als die Hauptstadt der Bewegung stilisiert. Er hat

[6] Autor dieses Strategiepapiers ist der Berliner Spitzenkandidat der AfD Georg Padzderski.
[7] Joachim Gauck, „Wie soll es aussehen, unser Land?“. Rede zum Ende der Amtszeit im 18. Januar 2017 in Schloss Bellevue, Hrsg. Bundespräsidialamt, S. 10

die provozierende These losgelassen, Deutschland habe ein Denkmal der Schande in seiner Hauptstadt, gemeint das Holocaustdenkmal. Der Brandenburgische Spitzenkandidat der AfD hatte die Chuzpe am nächsten Tag wahrheitswidrig zu behaupten, sein Parteifreund habe mit der Schande den Holocaust gemeint.

Meist verwahren sich die AfD- Funktionäre gegen den Vergleich mit der Nazizeit. Allerdings benutzen sie ihn selbst, wenn es um innerparteiliche Machtkämpfe geht. So hat Frauke Petry ihren Anwalt Christian Biel beauftragt, ein Gutachten über Björn Höcke zu erstellen. In diesem Gutachten wird Höcke mit Hitler verglichen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Albrecht hat am 15.2.2017 in einer Mail an seine Vorstandskollegen eingeräumt, dass die AfD für den Fall, dass sie sich nicht von Höcke trennt, zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet werden müsste. Der Verfassungsschutz beobachtet jetzt schon die „Identitäre Bewegung“ die personell sehr eng mit der Jugendorganisation der AfD verbunden ist. (Alle Informationen aus der FAS, 19.2.2017, S. 5)

Warum hat die AfD nicht die Kraft, sich von den nationalsozialistischen Einflüssen zu distanzieren? Weil das nationalsozialistische Gedankengut bei ihren Anhängern weit verbreitet ist. Mehr als die Hälfte der AfD Unterstützer lehnen den Parteiausschluss von Björn Höcke ab, wie die Zeitung „Die Welt“ in einer Untersuchung hat feststellen lassen (Die Welt vom 19.2.2017).

Gerd Appenzeller vom Tagesspiegel hat es in einem Kommentar zur Dredener Rede Höckes auf den Punkt gebracht: „Verbalattacken wie die von Björn Höcke sind eine Taktik der AfD, Stimmen zu gewinnen. Wer aber jetzt noch AfD wählt, trägt dazu bei, dass Neonazis Macht ergreifen könnten.“ (Gerd Appenzeller, 20.1.2017, Tagesspiegel). Ich staune oft über die Naivität, mit der manche Mitbürgerinnen und Mitbürger glauben, sich in der AfD engagieren zu können – weil dies eine junge Partei sei, die noch offen sei, in der man sich auch als Nicht-Polit-Profi einbringen könne, in der man sein spezielles Thema noch unterbringen könne usw. – ohne dass diese Mitbürger erkennen oder erkennen wollen, in welche Zusammenhänge sie sich damit begeben.

4. Vierte Besonderheit: Die AfD greift echte Probleme auf, aber löst sie nicht, sondern verschärft sie.

Manch einer glaubt, die AfD unterstützten zu müssen, weil nur sie drängende Probleme wirklich benennen würde. Zweifellos benennt sie Probleme, allerdings nie Probleme, die nicht andere schon längst gesehen und an denen nicht längst konstruktiv gearbeitet würde. Sie problematisiert den Abstand zwischen Bevölkerung und Politikbetrieb, die Vernachlässigung von strukturschwachen Regionen in Deutschland, die Sorge um die Folgen der Globalisierung, die Befürchtungen, die Integration einer großen Zahl von Zuwanderern anderer Kultur könne misslingen. Ihre Problemanzeigen sind aber nie sachlich abwägend, sondern immer dramatisierend, zuspitzend,

anklagend. Nie werden zum Beispiel die nachweisbaren Erfolge der Integration benannt.

Wir stehen als evangelische Christen für eine sachliche Realitätswahrnehmung. Wir müssen all denen, die sich von der Stimmungsmache beeindrucken und vor allem verängstigen lassen, mit Fakten begegnen, durchaus auch mit manchen aktuell beängstigenden Fakten. Dazu aber verschweigen wir nicht die bereits erkennbaren Lösungsansätze und motivieren zum Engagement. Wer sich von der AfD beeindrucken lässt, dem müssen wir deutlich machen, dass die Rechtspopulisten zwar ein Gespür für die wunden Punkte ungelöster Probleme haben, dass aber der, der ihnen zur Macht verhilft, die Probleme nur verschlimmert. Umso wichtiger ist es, dass die Parteien, die unser gesellschaftliches System tragen, stärker als bisher klare Leitbilder für die Zukunft unserer Gesellschaft entwerfen: Wie soll unser Land morgen aussehen? Wie kann mehr soziale Gerechtigkeit hergestellt, kulturelle Vielfalt bei gleichzeitiger Bewahrung unserer Grundwerte gelebt, die Umwelt bewahrt und der Einsatz für den Frieden in Europa und weltweit gestärkt werden?

IV. Der geistliche Grund unserer Auseinandersetzung

Im Reformationsjahr tun wir gut daran, an den Wesensgrund des Glaubens zu erinnern: Solus Christus, und im Sinne Martin Niemöllers zu fragen: „Was würde Jesus dazu sagen?“

Die Person Jesu leitet uns an, uns für Versöhnung einzusetzen, für die Nächstenliebe im Sinne der Bergpredigt, die gerade nicht nur die Liebe zum eigenen Volkstum, zur Familie, zur Heimat, zu den Geschwistern des eigenen Glaubens beinhaltet, sondern ihren spezifischen Wesensgehalt in der grenzüberschreitenden Liebe bis hin zur Feindesliebe hat. Es geht bei Jesus kultur- und religionsübergreifend um die Zuwendung zum Notleidenden, wie in der Geschichte des barmherzigen Samariters.

Dietrich Bonhoeffer hat das in seinem Buch „Nachfolge“ gegen die völkischen Ideologien seiner Zeit sehr stark gemacht. Und die Bekennende Kirche hat mit der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung in die gleiche Richtung gezielt: Jesus Christus ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören haben. Keine anderen Mächte, Gewalten, Traditionen, Vorstellungen können für uns eine Normativität beanspruchen, die diesen Bezug auf Jesus ausblendet – auch keine Volksgemeinschaft und kein kulturelles Leitbild.

Jesus Christus ist für uns Zuspruch der Gnade, aber auch Anspruch, ihm nachzufolgen und uns, wie er es tat, den Herausforderungen zu stellen und die Barmherzigkeit Gottes in die Welt zu tragen. Auch in die politische Welt: Wir haben die Botschaft der Versöhnung und der Menschenfreundlichkeit Gottes als Anspruch in die konkreten Politikfelder hineinzutragen, und uns nicht aus der Politik herauszuhalten. Auf diese theologische Grundlage ist in unserer Kirche jede Pfarrerin, jeder Pfarrer ordiniert,

und alle, die in kirchlichen Gremien tätig sind darauf verpflichtet. Wir sind also alle miteinander gefordert, uns inhaltlich mit gesellschaftlichen Entwicklungen im Rahmen unserer Möglichkeiten auseinanderzusetzen.

Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen. Man kann die heutige Zeit nicht gradlinig mit der Ursprungssituation der Barmer Erklärung vergleichen. Anders als zu Beginn der 1930er Jahre steht unsere Demokratie gottlob sehr viel gefestigter da. Wir leben – trotz aller drängender sozialer Probleme nicht in einer volkswirtschaftlich prekären Situation, wie sie sich Anfang der 1930er Jahre darstellte. Wir haben starke gesellschaftliche Institutionen, die sich nicht so leicht irritieren lassen. Aber im Sinne Niemöllers gilt es dennoch den Anfängen zu wehren. Wir können die Ausbreitung des Rechtspopulismus nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Mit drei Argumenten versuchen heute Menschen, sich der Auseinandersetzung zu entziehen:

1. ***„Die Politiker der AfD sind doch gewählt."*** Als guter Demokrat müsse man sie akzeptieren und einbeziehen. – Das ist ein rein formales Argument, das das gesamte Selbstverständnis, die Ziele und die Methoden politischer Aktion dieser Bewegung ignoriert. Und wir alle wissen aus unserer Geschichte, (aber auch wenn wir in die Länder schauen, in denen jetzt Populisten an der Macht sind), dass gewählte Populisten noch lange keine Demokraten sind, sondern sich vielfach wählen lassen, um die Institutionen einer funktionierenden Demokratie zu entmachten. Als Problemanzeige sind die Wahlergebnisse für die AfD deshalb zweifellos ernst zu nehmen, als Problemanzeige für den Zustand der Demokratie.

2. Das zweite Argument, das ich oft höre, klingt so: ***„Es gibt doch in ihrer eigenen Kirche sicher auch viele Mitglieder, die die AfD wählen. Wie können Sie dann diese Partei kritisieren?"*** Dieses Argument setzt voraus, dass in der Kirche alles zu dulden sei und eine theologisch-inhaltliche Auseinandersetzung gar nicht geführt werden soll. Dies ist nicht das Kirchenverständnis einer Kirche, die sich in der Tradition der Bekennenden Kirche versteht. Wir sind gefordert, uns inhaltlich auf eine ernsthafte und faire Weise mit denen auseinanderzusetzen, die in unserer eigenen Kirche im Rechtspopulismus meinen ihre politische Hoffnung entdeckt zu haben.

3. Das dritte Argument lautet: ***„Sie sollten als Christen doch verständnisvoll mit dieser jungen Bewegung umgehen!"*** Sie müsse sich doch erst noch als Partei finden. Die Kirche dürfte doch nicht die Menschen ausgrenzen, die sich davon angesprochen fühlen. Dazu ist zu sagen: Wir grenzen keine Menschen aus, aber wir grenzen uns gegen bestimmte Positionen klar ab. Und das muss auch so sein, wenn wir unserem Anspruch, Kirche Jesu Christi zu sein, gerecht werden wollen.

Wie aber ist nun die Auseinandersetzung konkret zu führen: Wie sieht die Rechtslage aus? Und wie setzen wir uns inhaltlich begründet mit dem Rechtspopulismus auseinander?

V. Die rechtlichen Grundlagen der Auseinandersetzung

Die Kirchenleitung der EKBO hat sich bereits im Dezember 2015 als Vorbereitung auf die Gemeindekirchenratswahlen des Jahres 2016 mit der Frage auseinandergesetzt, wie damit umzugehen wäre, wenn Mitglieder der AfD in kirchlichen Gremien aktiv werden wollen.
In der GO heißt es:

> „… nicht vereinbar (mit dem Ältestenamt) ist die Mitgliedschaft in oder die tätige Unterstützung von Gruppierungen, Organisationen oder Parteien, die menschenfeindliche Ziele verfolgen“ (GO Art. 19,1)

Was ist „menschenfeindlich“? Wir verstehen unter menschenfeindlich eine Haltung, die Personen allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (der Religion, der Kultur, der Nationalität, der sexuellen Prägung …) herabwürdigt, wo also das Prinzip der gleichen Menschenwürde und der gleichen Menschenrechte missachtet wird und Grundrechte abgesprochen werden. Wer aufmerksam ist, wird merken, dass ein Verhalten, das die Menschenwürde und –rechte achtet, von Rechtspopulisten oft als „*political correctness*“ diffamiert wird. So wird versucht, Raum für menschenfeindliche Haltungen zu gewinnen.

In der Herabwürdigung von Muslimen und der Infragestellung der Religionsfreiheit ist das Programm der AfD sehr nahe an der Grenze zur Menschenfeindlichkeit. Das Programm kann juristisch allerdings noch nicht als menschenfeindlich eingestuft werden. Die Funktionäre der AfD aber überschreiten in ihren öffentlichen Äußerungen ständig die rote Linie. Da juristisch das Programm die Grundlage der Entscheidung ist, können wir niemanden von kirchlichen Leitungsämtern nur wegen einer AfD-Mitgliedschaft ausschließen. Wenn sich aber eine Person öffentlich menschenfeindlich äußert, kann diese Person von kirchlichen Ämtern ausgeschlossen werden.

Das heißt, dass jede und jeder, die oder der Mitglied der AfD ist und ein kirchliches Amt wahrnehmen will, damit rechnen muss, kritisch befragt zu werden. Vor der Einführung in ein Ältestenamt sollte der oder die Einführende ein Gespräch führen, auf die Grundsätze unserer Kirche verweisen und die entsprechende Person befragen, wie sie die Mitgliedschaft in der AfD mit der Grundordnung und den Werten der Evangelischen Kirche in Einklang bringen kann. Keine Gemeinde unserer Kirche sollte diese Thematik auf sich beruhen lassen, sondern aufmerksam darauf achten, ob sich durch das Wirken eines AfD-Parteimitgliedes im Ältestenamt menschenfeindliche Haltungen in der Gemeinde ausbreiten. Wenn menschenfeindliche Äußerungen nachgewiesen werden, muss es gegebenenfalls dann zu einem Verfahren vor kirchlichen Gerichten kommen.

Die Problematik verschärft sich bei ***Prädikanten***, also ehrenamtlichen Mitarbeitern im Verkündigungsdienst. „Sie haben … teil am Amt der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung“ (Präambel des Prädikantengesetzes). Wie hat sich unsere Kirche dazu zu verhalten?

1. Wenn ein Prädikant sich für ein politisches Amt zur Wahl stellt, muss der Verkündigungsdienst ruhen. Das gilt generell für alle Kandidaten, gleich welcher Partei. Wenn er es nicht selbst beantragt, sollte der zuständige GKR oder der oder die zuständige Superintendent oder Superintendentin einen entsprechenden Antrag an das Konsistorium stellen.[8]

2. Wer ist für den Dienst der Prädikanten verantwortlich? Wer führt Aufsicht? Das Prädikantengesetz definiert dies sehr klar:
   „Der Prädikantendienst wird in Verantwortung der für den jeweiligen Gottesdienstort zuständigen Pfarrerin oder des jeweils zuständigen Pfarrers ausgeübt. 3 Die Aufsicht über den ehrenamtlichen Dienst führt die Superintendentin oder der Superintendent.“ (§ 7, Absatz 1, Satz 2 des Prädikantengesetzes)

Der oder die zuständige Pfarrer oder Pfarrerin hat also zu verantworten, ob und wie der Dienst eines oder einer Prädikantin oder Prädikanten wahrgenommen wird.

> Er oder sie sollte sehr genau prüfen, ob er es verantworten kann, den Dienst eines Prädikanten in Anspruch zu nehmen, der einer Partei angehört, zu deren Strategie es gehört, bewusst zu provozieren, Diskurse zu verzerren und andere demokratische Parteien zu verunglimpfen. Wenn auch nur der Verdacht besteht, dass menschenfeindliche Thesen von der Kanzel vertreten werden, muss das kritische Gespräch gesucht werden. Da auch nicht nur Pfarrerinnen und Pfarrer sondern auch Prädikanten „auf Schrift und Bekenntnis sowie die Einhaltung der kirchlichen Ordnung verpflichtet“ (Prädikantengesetz § 6, Abs 3, Satz 2) sind, muss, wer Mitglied der AfD ist und meint den Prädikantendienst in der EKBO ausüben zu können, darlegen, wie er oder sie diese Mitgliedschaft mit dem erteilten Auftrag vereinbaren kann. Dies hat weder etwas mit Gesinnungsschnüffelei noch mit Ausgrenzung oder ähnlichem zu tun. Sondern dazu verpflichten uns schlicht die Ordnungen unserer Kirche, zu denen alle Prädikanten sich selbst bekannt haben.

Die Aufsichtspflicht gegenüber Prädikantinnen und Prädikanten hat der oder die jeweilige Superintendent*in. Wenn dieser oder diese den begründeten Verdacht hat, dass durch den Dienst dieses Prädikanten das Zeugnis der Kirche in Mitleidenschaft gerät, Spaltungen in der Gemeinde entstehen oder eine menschenfeindliche Stimmung entsteht, sollte er oder sie nach Rücksprache mit dem Konsistorium der zuständigen Pfarrerin oder dem Pfarrer empfehlen, diesen Prädikanten nicht mehr im Predigtdienst einzusetzen.

[8] Analoge Anwendung des Pfarrdienstgesetzes der EKD vom 10.11.2010, § 35, Abs. 2: „Pfarrerinnen und Pfarrer, die als Kandidatinnen oder Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag oder zu einem gesetzgebenden Organ eines Bundeslandes aufgestellt worden sind, sind innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag und am Wahltag beurlaubt….“

Pfarrerinnen oder Pfarrer unserer Kirche, die Mitglied in der AfD sind, sind mir nicht bekannt. Sie unterliegen als Ordinierte im Hauptamt natürlich einer noch engeren Treueverpflichtung. Jede Parteimitgliedschaft haben sie anzuzeigen. Würde ein Ordinierter oder eine Ordinierte der AfD beitreten, müsste das aufsichtsführende Konsistorium umgehend tätig werden und sie oder ihn befragen, wie er dieses politische Engagement in einer rechtspopulistischen Bewegung mit seinem Ordinationsgelübde vereinbaren kann.

> Sobald bei ihm oder ihr in der Verkündigung oder in der Art und Weise der Gemeindeleitung menschenfeindliche, polarisierende Tendenzen, die Verunglimpfung unserer Gesellschaftsordnung oder die Herabwürdigung von Menschen anderer Kultur- oder Religionszugehörigkeit zu beobachten sind, könnte dies nicht geduldet werden. Dienstrechtliche Maßnahmen müssten ergriffen werden und in letzter Konsequenz, wenn ein gedeihlicher Dienst in der Gemeinde nicht mehr möglich ist, sieht unser Dienstrecht eine Suspendierung vom Dienst vor.

VI. Was haben wir dem Rechtspopulismus entgegenzusetzen?

Einer Bewegung, die Angst verstärkt und zur Wut aufstachelt, haben wir das frohe und hoffnungsvolle Evangelium Jesu Christi entgegenzusetzen! Das Evangelium weckt Glauben, schenkt Hoffnung und motiviert zur Nächstenliebe: ***Glaube*** heißt Vertrauen in Gott, Vertrauen in meine Mitmenschen, Vertrauen in mich selbst und meine Fähigkeiten, Verantwortung zu übernehmen, um meinen Teil für die gute Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auch in herausfordernden Zeiten beizutragen. ***Hoffnung*** heißt gegen die Schwarzmalerei vorzugehen und mitzuhelfen, Lösungen und Perspektiven für die Probleme zu entwickeln. ***Nächstenliebe*** heißt, uns für die Schwächsten einzusetzen, ob sie schon lange einheimisch bei uns sind, oder ob sie aus einer fremden Heimat geflohen und zu uns gekommen sind. Das heißt im Klartext: ***Der Rechtspopulismus macht Menschen zu Wutbürgern, das Evangelium macht Menschen zu Mutbürgern!***

Was haben wir also entgegenzusetzen? Die Orientierung an Jesus Christus. Wir fragen: Was würde Jesus sagen zu einer Bewegung wie dem Rechtspopulismus? Natürlich ist diese Frage Niemöllers eine fiktive Frage. Aber dennoch gibt sie klare Orientierung. Die Art, wie Jesus sich dem Volk zugewandt hat, wie er seine Botschaft und seine Ethik in der Bergpredigt an das Volk formuliert hat, atmet einen völlig anderen Geist als eine Bewegung, die vorgibt, das *christliche Abendland* zu verteidigen, aber im Kern eine nationalistische Ideologie vertritt. Jesus hatte täglich mit bewusst verzerrender Kommunikation zu kämpfen. Er hat dagegen klar und eindeutig, aber fair und offen argumentiert. Deshalb müssen Christen gegen eine Kommunikation, die bewusst verzerren will, den Wert des verlässlichen Wortes stark machen.

Was haben wir entgegenzusetzen? Die geistliche Gemeinschaft der Kirchen in Europa! Wenn die AfD in ihrem Wahlprogramm angibt, sie wolle „unsere abendländische christliche Kultur … dauerhaft erhalten“ (Parteiprogramm, S. 6), dann frage ich mich,

wie sie diesen Anspruch begründen will, ohne sich an dem Selbstverständnis zu orientieren, das die europäische Christenheit selbst schon vor längerer Zeit formuliert hat. In einem eindrücklichen Diskussionsprozess haben die europäischen Kirchen unterschiedlicher Konfession im Jahr 2001 die „Charta Oecumenica“ formuliert und darin Grundsätze als gemeinsame Zielsetzung verbunden mit Selbstverpflichtungen verbindlich festgehalten.[9] Was also haben wir in der Gemeinschaft europäischer Christen entgegenzusetzen? Ich nenne fünf Themenbereiche:

1. ***Wir setzen die Botschaft von der Versöhnung gegen die Infragestellung eines verbindlich geeinten Europas. Und wir leben die Botschaft von der Versöhnung in vielen europäischen Partnerschaften.***

   Die europäischen Kirchen haben sich in der Charta verpflichtet, die „Einigung des europäischen Kontinents“ zu fördern und „die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt“. (Leitlinie 7)

   Wie, so müssen wir dann kritisch fragen, will eine Partei dieses christliche Ziel mit unterstützen, wenn sie die EU in ihrer jetzigen Form ablehnt, von „fremder Bevormundung“ (Programm, S.8) spricht, wenn es um das bisher Erreicht geht, Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben will, Europa auf eine reine Wirtschaftsgemeinschaft zurückschrauben möchte und als Vision nur das Schlagwort „Europa der Vaterländer“ einbringt, ohne darzulegen, wie dieses Modell die Einigung Europas weiterentwickeln soll? Wenn sie Kontakte zu den rechtsextremen Parteien in Europa pflegt und das „Experiment EURO geordnet … beenden“ will (Programm, S. 18)? Wie will sie die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit wahrnehmen, wenn sie schon innereuropäisch nicht an einem Ausbau von Solidarsystemen interessiert ist?

2. ***Mit unserer Erinnerungskultur zeigen wir, dass wir aus Umkehr lernen können und motiviert werden, heute die Menschenwürde und Menschenrechte aller Menschen gleich zu achten.***

   Die Charta betont die Schuldgeschichte der europäischen Christenheit. Sie erwähnt besonders die Spaltungen, Verfeindungen und Kriege, sowie den Missbrauch von Glaube und Kirchen für politische Interessen, die die Glaubwürdigkeit des christlichen Zeugnisses schwer beschädigt haben. (Leitlinie 3)

   Wie, so müssen wir dann fragen, will eine Partei die christliche Kultur Europas erhalten, wenn sie neu die Abgrenzung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern

[9] Die *Charta Oecumenica* ist damit das „erste ökumenische Dokument des 21. Jahrhunderts“ (Bischof Dr. Walter Klaiber)

anderer europäischer Staaten stark macht? Wenn sie die Erinnerung an die Schuldgeschichte in Frage stellt und zulässt, dass Spitzenpolitiker ihrer Partei eine Kehrtwende in der Erinnerungskultur um 180 Grad fordern?

3. *Wir setzen uns ein für gleiche Würde aller Menschen und pflegen den interreligiösen Dialog.*

In der Charta verpflichten sich die europäischen Kirchen, „jedem Versuch zu widerstehen, Religion und Kirche für ethnische oder nationalistische Ziele zu missbrauchen“ (Leitlinie 7). Sie bezeichnen es als ihre Aufgabe, „miteinander den Dienst der Versöhnung auch für Völker und Kulturen wahrzunehmen“ (Leitlinie 8). Sie treten ein „für die absolute Gleichwertigkeit aller Menschen“ (Leitlinie 8). Sie wollen den christlich-islamischen Dialog „auf allen Ebenen intensivieren“, „den Muslimen mit Wertschätzung … begegnen“ und „bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenarbeiten“ (Leitlinie 11). Sie wissen, dass die „Pluralität von religiösen und weltanschlichen Überzeugungen und Lebensformen …. ein Merkmal der Kultur Europas geworden (ist)“ und verpflichten sich, „die Religions- und Gewissensfreiheit von Menschen und Gemeinschaften anzuerkennen und dafür einzutreten, dass sie individuell und gemeinschaftlich, privat und öffentlich ihre Religion oder Weltanschauung im Rahmen geltenden Rechts praktizieren dürfen“ (Leitlinie 12).

Wie will eine Partei die Kirchen bei der Umsetzung dieser Selbstverpflichtung unterstützen, wenn sie die Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen in unserem Land als „Ideologie des Multikulturalismus“ diffamiert, die (Zitat) „importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert“ (Programm für Deutschland, S. 47)? Wenn sie pauschal feststellt: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ (ebd., S. 49) und alle Koranschulen pauschal verdächtigt, verfassungsfeindliche Indoktrination zu betreiben und deshalb undifferenziert die Schließung aller Koranschulen fordert (ebd. S. 55)? Damit widerspricht sie der Aussage, sie bekenne „sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit.“ (ebd. S 48)

4. *Wir engagieren uns für Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Wir helfen ihnen, bei uns heimisch zu werden.*

Wer in der Flüchtlingshilfe aktiv ist, der kennt die Probleme der Integration, der verharmlost sicherlich nichts, aber der erlebt jeden Tag, wie bereichernd es ist, Menschen anderer Kultur den Weg in unsere Gesellschaft zu bahnen.

Die europäschen Kirchen geben in der Charta ihrem gemeinsamen Willen Ausdruck, dazu beizutragen, „dass Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden“.

Wie will die AfD die Kirchen darin unterstützen, wenn ihre Funktionäre unablässig die Stimmung gegen Migranten und Flüchtlinge anheizen, die Probleme der Integration dramatisieren, die Erfolge der Integration aber verschweigen? Wenn sie sich für den Einsatz von Waffengewalt gegen wehrlose Flüchtlinge einsetzen und unsäglich Aussagen tätigen, wie die, dass wir uns nicht von Kinderaugen berühren lassen dürften, wenn es darum ginge, Menschen in Not abzuweisen?[10]

5. ***Wir engagieren uns für die Umwelt, weil sie die Schöpfung Gottes ist und verdrängen nicht die Probleme des Klimawandels, auch um der Menschen willen, die in anderen Weltteilen viel mehr darunter zu leiden haben als wir.***

   Die Kirchen verpflichten sich in der Charta, sich gemeinsam für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen, weil sie mit Schrecken sehen, wie „die Güter der Erde ohne Rücksicht auf ihren Eigenwert, ohne Beachtung ihrer Begrenztheit und ohne Rücksicht auf das Wohl zukünftiger Generationen ausgebeutet werden.“ Sie wollen „die kirchlichen Umweltorganisationen und ökumenischen Netzwerke bei ihrer Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung unterstützen“. (Leitlinie 9).

   Wie will eine Partei die Kirchen unterstützen, dieses Ziel der Bewahrung der Schöpfung zu erreichen, wenn sie die Klimaschutzpolitik als „Irrweg“ bezeichnet, leugnet, dass Kohlendioxid ein Schadstoff ist (Programm S. 79) und „alle Beschränkungen (der Automobilität) aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit“ ablehnt (ebd., S. 92)?

Jetzt in der Wahlkampfzeit können wir Christenmenschen als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen das Reformationsjubiläumsjahr nutzen, um unsere Mitmenschen an den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zu erinnern: Wir können dazu ermutigen, im September an die Wahlurnen zu treten, um unsere Demokratie zu stärken. Freiheit geht nicht ohne Verantwortung für das Gemeinwesen!

Warum sollte bei uns in Deutschland nicht gelingen, was gerade in Holland gelungen ist? Dass viele von denen, die sonst nicht zur Wahl gehen, die Zeichen der Zeit verstehen und mit ihrer Stimme verhindern, dass rechtspopulistische Kräfte erstarken. Auch bei uns kann eine hohe Wahlbeteiligung zu einem *Fest der Demokratie*

[10] „Einen Wasserhahn dichten Sie auch ab. Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen.“ Alexander Gauland, Februar 2016

werden, wenn viele sagen: „Wir wissen, dass heute nichts mehr selbstverständlich ist, dass die Freiheit unserer Gesellschaft kein Selbstläufer ist. Und deshalb nehmen wir unsere Verantwortung als Wähler bewusst wahr und unterstützen Parteien, die klar zu unserer Demokratie stehen."

Der Ort Dahlem und seine theologische Tradition ermutigen uns, unsere Verantwortung zu erkennen: Wir sind heute gerufen, als „Kirche mit Mission" eine bekennende Kirche zu sein, die ihren Beitrag dazu leistet, dass unsere freiheitliche Gesellschaft ihre Erfolgsgeschichte weiterschreiben und ihre Verantwortung in Europa und weltweit wahrnehmen kann.

Wir können als Christen dazu beitragen, dass der Rechtspopulismus im gesellschaftlichen Diskurs kritisch hinterfragt und als problematisches Phänomen erkannt wird. Dann wird er nicht wachsen, sondern zunehmend an Einfluss verlieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.